Publik kritisch • christlich • unabhängig Christlich • unabhängig

Ausgabe 2 26. Januar 2018

Streitfragen zur Zukunft

Brauchen wir ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Ja, es löst den Sinn des Menschseins vom Zwang zum Geldverdienen. So entstehen Freiräume für ökonomische Experimente jenseits des Kapitalismus

Von Antje Schrupp

Antje Schrupp, geboren 1964, studierte Politologie, Philosophie und Evangelische Theologie. Sie ist Journalistin, Buchautorin und Bloggerin.

Eigentlich haben wir schon ein Grundeinkommen. Dass alle Menschen genug zum Leben haben sollen, darüber herrscht in Deutschland Konsens: Wenn es jemand nicht schafft, selbst für sich zu sorgen, gibt's Geld vom Staat. Früher hieß das Sozialhilfe, heute Hartz IV. Nichts anderes besagt auch der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens. Nur dass die Idee dabei konsequent zu Ende gedacht wird. Denn, Hand aufs Herz: Wer kann denn ganz allein für sich sorgen? Wir alle sind doch von anderen abhängig, zuerst von unseren Eltern, dann von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, einer guten Infrastruktur, der Arbeit und Zuwendung anderer. »Wir leben alle von Sozialhilfe«, bringt es die US-amerikanische Philosophin Martha Fineman auf den Punkt.

Das Neue am bedingungslosen Grundeinkommen ist nicht, dass es allen Menschen ein Mindesteinkommen garantiert. Sondern, dass es die Illusion vom autonomen Individuum verabschiedet, das auf Hilfe von anderen nur ausnahmsweise mal angewiesen ist. Wenn es diesen autonomen Selbstversorger sowieso nicht gibt, kann die Sozialhilfe auch gleich unbürokratisch und bedingungslos ausgezahlt werden.

Im Vergleich zu diesem symbolischen Paradigmenwechsel wäre die Veränderung im Geldbeutel für die meisten Menschen eher gering: Da auch die Wohlhabenden ein Grundeinkommen bekämen, müssten sie entsprechend mehr Steuern und Abgaben bezahlen. Unterm Strich bliebe für sie wenig übrig. Auch wer kein oder wenig Einkommen hat, würde mit Grundeinkommen nicht plötzlich reich. Es fielen lediglich die heutigen Schikanen und Kontrollen weg sowie die soziale Stigmatisierung als Versager oder als Versagerin.

Es könnten aber Freiräume entstehen für ökonomische Experimente jenseits des Kapitalismus. Arbeit hat ja nicht nur mit Geldverdienen zu tun, sondern auch mit Sinn und Erfüllung, mit Gestaltungswillen, mit der Verwirklichung eigener Ideen für die Welt. Dass man bei der Wahl dessen, was man den ganzen Tag über tut, nicht ausschließlich ans Geld denken muss, ist ein Luxus, den sich heute nur Reiche und Gutverdienende leisten können. Wer Hartz IV bekommt, muss jeden Job annehmen. Sinnhaftigkeit und persönliche Interessen spielen dabei keine Rolle, nur Geld.

Das Grundeinkommen löst diese enge symbolische Verknüpfung von Geldbekommen und Tätigsein auf. Feministische Ökonominnen weisen schon lange darauf hin, dass das Bruttosozialprodukt nur einen Teil des wirtschaftlichen Geschehens abbildet. Der größte Teil der Arbeiten wird schon immer und auch heutzutage unentgeltlich geleistet, in Privathaushalten, im Ehrenamt, in Subsistenzarbeit zur Selbstversorgung. Da es immer mehr Ältere und weniger Jüngere geben wird, dürfte der Bedarf nach Care-Arbeit steigen.

Sicher, manche dieser Tätigkeiten könnten auch im Marktsystem bezahlt werden. Teilweise ist das ja schon geschehen, bei der Betreuung kleiner Kinder, beim Putzen, beim Zubereiten von Mahlzeiten. Aber der betriebswirtschaftliche Blick auf solche »Care-Arbeiten« verbessert ihre Qualität nicht unbedingt. Und die Einkommen und Arbeitsbedingungen sind dabei auch nicht gerade rosig.

Was aber noch viel wichtiger ist: Der kapitalistische Markt ist immer weniger in der Lage, die Bezahlung dieser gesellschaftlich notwendigen Arbeiten überhaupt sicherzustellen. Kleine Krankenhäuser schließen ihre Geburtsstationen, weil die sich »nicht rechnen«. Pflegeheime und Krankenhäuser sind chronisch unterfinanziert, was zu menschenverachtenden Situationen führt, für die Pflegebedürftigen ebenso wie für die Pflegekräfte. Schultoiletten sind chronisch verdreckt. Klar, theoretisch könnte hier durch politische Entscheidungen mehr Geld ins System geschickt werden. Aber es geht dabei um solche Summen, dass diese Hoffnung deutlich utopischer ist als ein Grundeinkommen. Für das Marktversagen im Bereich der Care-Arbeit ist derzeit weit und breit keine Abhilfe in Sicht.

Natürlich wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen keine Garantie dafür, dass die Dinge besser würden. Es gäbe aber mehr Raum für ökonomische Experimente auch jenseits des kapitalistischen Marktes. Menschen könnten sich in Genossenschaften oder Vereinen organisieren, ehrenamtlich tätig werden, mehr direkt für sich selbst oder für Angehörige arbeiten und weniger »outsourcen«. Denn ihre soziale Existenz wäre nicht mehr, so wie jetzt, ausschließlich von ihrer Erwerbsarbeit abhängig. Zu behaupten, wie manche linke Kritiker des Grundeinkommens es tun, soziale Einbindung und gesellschaftliche Teilhabe für arme und arbeitslose Menschen ließen sich nur durch einen Zwang zur Erwerbsarbeit herstellen, halte ich für zynisch.

Aber nicht nur für die, die keinen Erwerbsarbeitsplatz haben oder haben wollen, würden sich neue Optionen erschließen. Auch die Erwerbstätigen hätten mehr Möglichkeiten. Mit dem Wissen, dass sie im Zweifelsfall ein Grundeinkommen hätten, könnten sie besser mit ihren Arbeitgebern verhandeln. Sie wären nicht mehr gezwungen, jegliche Zumutungen und Ansprüche hinzunehmen, sie könnten auch »Nein« sagen. Vielleicht würden sich dadurch auch die Arbeitsbedingungen verbessern. Und die Politik müsste Konzernen und Unternehmen nicht mehr in allen Belangen entgegenkommen, nur damit sie keine Arbeitsplätze ins Ausland verlagern. An dieser Stelle verbindet sich die Idee des Grundeinkommens mit anderen alternativen ökonomischen Ansätzen wie der Wachstumskritik (Degrowth), der Gemeingüter-Bewegung (Commons) oder der Öko-Bewegung. Ein Leben jenseits des »Immer mehr«, der Schutz der Gemeingüter und ein umweltgerechtes Wirtschaften – all diese Ziele lassen sich leichter verfolgen, wenn Menschen nicht auf Gedeih und Verderb von Erwerbsarbeit abhängen.

Aber das alles sind nur Möglichkeiten. Das Grundeinkommen ist keine eierlegende Wollmilchsau, die sämtliche Probleme dieser Welt behebt. Auch mit Grundeinkommen wird es Menschen geben, die nichts mit sich anzufangen wissen, werden sich die Geschlechterhierarchien nicht in Luft auflösen, manche Menschen reich und viele arm sein.

Und tatsächlich gibt es auch neoliberale Varianten, die sich mit der Bezahlung eines Grundeinkommens von jeder weiteren sozialen Verantwortung freikaufen: Sie wollen ein Grundeinkommen und gleichzeitig möglichst viele Sozialleistungen abschaffen. Allerdings widerspricht das der grundlegenden Idee, die hinter einem emanzipatorischen Grundeinkommen steht: Es deckt ja das ab, was wir alle qua Menschsein brauchen. Besondere Bedürfnisse, die etwa durch Krankheit, Alter oder individuelle Schwierigkeiten entstehen, können deshalb mit dem Grundeinkommen nicht gedeckt sein. In diesen Fällen müssen Menschen zusätzliche Unterstützung von der Allgemeinheit bekommen, dann aber eben nicht bedingungslos, sondern bedarfsorientiert. Aus denselben Gründen wäre im Übrigen auch die Haus- und Fürsorgearbeit keineswegs mit dem Grundeinkommen abgedeckt. Die »Bedingungslosigkeit« des Grundeinkommens bedeutet nämlich auch, dass sich daraus keine Verpflichtung ergibt, zum Beispiel für kranke Angehörige zu sorgen. Auch nicht für Frauen.

Aber wie hoch soll es denn nun sein? 600? 1000? 1500 Euro? Das lässt sich nicht so einfach beziffern, weil es von vielen Faktoren abhängt, die nicht alle mit Geld zu tun haben. Wenn man im Krankenhaus kostenlos behandelt wird, braucht das Grundeinkommen keine Beiträge für Krankenversicherung zu enthalten. Wäre der öffentliche Nahverkehr gratis, fielen keine Mobilitätskosten an. Wird das Grundeinkommen aus einer höheren Mehrwertsteuer bezahlt, werden viele Alltagsprodukte teurer, und es müsste entsprechend höher ausfallen als bei einer anderen Finanzierung. Und so weiter.

Offensichtlich ist Deutschland doch reich genug ist, um die materielle Existenz aller Menschen, die hier leben, sicherzustellen. Die eigentliche Frage ist, ob wir das wirklich wollen: Wollen wir den Sinn des Menschseins vom Zwang zum Geldverdienen lösen? Wollen wir uns vom Idealbild des autonomen Selbstversorgers trennen und unsere gegenseitige Abhängigkeit eingestehen, auch materiell? Wollen wir unsere Vorstellung von Ökonomie breiter fassen als den geldvermittelten Markt? Wenn wir das wirklich wollen, findet sich ein Weg zur Umsetzung.